

## Thomas Land

Rezension: Grégoire Chamayou: Die unregierbare Gesellschaft: Eine Genealogie des autoritären Liberalismus, Berlin: Suhrkamp 2019

### 1 Einleitung

Grégoire Chamayou, der vor einigen Jahren mit seinem Buch ‚Ferngesteuerte Gewalt: Eine Theorie der Drohne‘ (Passagen 2014) auch hierzulande Bekanntheit erlangt hat, beschäftigt sich in ‚Die unregierbare Gesellschaft‘ (Suhrkamp 2019) mit den Theoremen und Strategien, die in Reaktion auf eine um sich greifende ‚Krise der Regierbarkeit‘ der 1970er Jahre zunächst erdacht und schließlich angewendet wurden und die heute gemeinhin unter dem Schlagwort des Neoliberalismus zusammengefasst werden. In den 1970er Jahren, so sein Ausgangspunkt, sei sowohl bei den Regierenden als auch bei den Regierten eine Entwicklung zu beobachten gewesen, die auf die Auflösung überlieferter Ordnungsvorstellungen hindeutete. Während die ‚rebellischen Regierten‘ gegen die Formen tradierter Herrschaft in Betrieb und Staat aufbegehrten, fielen den ‚ohnmächtigen Regierenden‘ keine überzeugenden Legitimationserzählungen mehr ein, um die bestehenden Regierungsapparate zu rechtfertigen. Hierauf, so Chamayous durch Foucault inspirierte Hypothese, reagierte eine insbesondere in den USA arbeitende akademische Elite mit einer „umfassenden geistig-politischen Mobilmachung“ (S. 10). Das Ziel dieser „organischen Intellektuellen der Wirtschaftswelt“ (S. 10-11) bestand in einer grundlegenden Neufassung sowohl der theoretischen als auch der praktischen Regierungskunst, mit der sowohl die Widerspenstigkeit der Bevölkerung als auch die Einfallslosigkeit des politischen Establishments überwunden werden sollte.

Bereits an dieser Stelle ließe sich fragen, ob Chamayou hier nicht einem Popanz auf den Leim geht, wie er vor allem von Konservativen wie z.B. Wilhelm Hennis aufgebaut wurde, der von je her durch Sozialdemokratie und Wohlfahrtsstaat eine „spezifisch abendländische Weise des Regierens“<sup>1</sup> vom Absterben bedroht sah. Dass die Diagnose der Unregierbarkeit ein spezifisch konservatives Framing der Krisen der 1970er und 1980er Jahre war, an deren Deutung und Überwindung auch eine ganze Reihe anderer Akteure beteiligt waren, kommt bei Chamayou viel zu kurz. Bezug genommen wird lediglich auf die ‚Spätkapitalismus‘-Diskussion der Neuen Linken. Die viel einfluss- und folgenreicheren Aktivitäten des sog. linksalternativen Milieus im Umkreis von Neuer Sozialer und Selbsthilfe-Bewegung der 1980er Jahre kommen nicht oder wenn, dann nur als zu disziplinierender Aktivismus antikapitalistischer Gruppierungen vor. Welchen Anteil ‚Gegenkultur‘ und ‚Identitätspolitik‘ an der Erosion sozialstaatlicher Strukturen und der Implementierung nicht-staatlicher Infrastrukturen hatten, entgeht Chamayou vollständig.<sup>2</sup> Auch neokorporatistische

---

<sup>1</sup> HENNIS, Wilhelm: „Zur Begründung der Fragestellung“, in: HENNIS, Wilhelm, Peter KIELMANSEGG und Ulrich MATZ (Hrsg.): *Regierbarkeit: Studien zu ihrer Problematisierung Bd. 1*, Stuttgart 1977, S. 9–21, S. 20.

<sup>2</sup> Klassisch dazu BOLTANSKI, Luc und Eve CHIAPELLO: *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2006. Eine Diskussion der Thesen von Boltanski und Chiapello z.B. bei NEUHEISER, Jörg: „Utopische ‚Schulen

Krisenlösungsansätze aus dem Umkreis der Steuerungstheorie und der Verwaltungswissenschaften der 1970er und 1980er Jahre (für Deutschland z.B. bei Renate Mayntz, Fritz W. Scharpf oder Wolfgang Streeck) scheint Chamayou nicht zu kennen.<sup>3</sup> Dabei waren es gerade diese Diskussionszusammenhänge, aus denen die Konzepte von Governance mit ihren Mechanismen der ‚soft power‘ und der ‚regulierten Selbstregulierung‘ hervorgegangen sind.<sup>4</sup>

Da Chamayou all dies nicht zur Kenntnis nimmt, ergibt sich, so Florian Meinel in seiner Rezension des Buchs in der FAZ vom 11.02.2020, eine Ideengeschichte nach Art eines Mafiaromans: Der Aufstieg des Neoliberalismus als Produkt rechter und liberaler Ideologen. Dieser Eindruck steht im auffälligen Kontrast zu Chamayous eigenen methodischen und theoretischen Vorüberlegungen, die im nächsten Abschnitt näher betrachtet werden.

## 2 Theorie und Methode

Die Genese der „neuen Regierungstechniken“ (S. 11), die bis in unsere Gegenwart hinein wirksam sind und Anwendung finden, möchte Chamayou „aus philosophischer Sicht betrachten“ (S. 11). Hierzu sollen die „zentralen Konzepte und Problemstellungen“ (S. 11) herausgearbeitet werden, die die „neue Legitimationsdiskurse für einen umstrittenen Kapitalismus“ (S. 11) zur Verfügung gestellt haben. Chamayou will also ausdrücklich keine weitere soziale, ökonomische oder politische Geschichte des Neoliberalismus auf der Ebene seiner institutionellen Einrichtung und Durchsetzung schreiben. Sein Anspruch besteht vielmehr in der Rekonstruktion der „Theorieprogramme und Praxisideen [...], die darauf abzielten die Ordnung der Dinge umzugestalten.“ (S. 11). Zugleich liefert Chamayou aber

---

*unternehmerischer Tugenden‘? Leistung, Qualität und Qualifizierung als Probleme des Alternativen Wirtschaftens in den 1970er und 1980er Jahren“*, in: DIETZ, Bernhard und Jörg NEUHEISER (Hrsg.): *Wertewandel in der Wirtschaft und Arbeitswelt: Arbeit, Leistung und Führung in den 1970er und 1980er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin/Boston 2016, S. 283–310. Siehe dazu auch HÄBERLEN, Joachim C.: *„Genealogien der Vernunftkritik: Von der Lebensreform zur Alternativbewegung“*, in: SIEGFRIED, Detlef und David TEMPLIN (Hrsg.): *Lebensreform um 1900 und Alternativmilieu um 1980. Kontinuitäten und Brüche in Milieus der gesellschaftlichen Selbstreflexion im frühen und späten 20. Jahrhundert.*, Göttingen 2019, S. 47–60.

<sup>3</sup> Dazu z.B. FAULENBACH, Bernd: *„Die Siebzigerjahre - ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?“*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 1–37. Dagegen LIVI, Massimiliano, Daniel SCHMIDT und Michael STURM (Hrsg.): *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt: Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter*, Frankfurt am Main 2010.

<sup>4</sup> Die Entwicklungstendenzen der Verwaltungswissenschaften der 1980er Jahre in Deutschland sind zusammengefasst bei SCHUPPERT, Gunnar Folke: *„Selbstverwaltung, Selbststeuerung, Selbstorganisation - Zur Begrifflichkeit einer Wiederbelebung des Subsidiaritätgedankens“*, in: *Archiv des öffentlichen Rechts* 114 (1989), S. 127–148. Siehe auch MAYNTZ, Renate: *„Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie?“*, in: SCHUPPERT, Gunnar Folke (Hrsg.): *Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien*, Baden-Baden 2005, S. 11–20. Zum Konzept von Governance aus affirmativer Perspektive siehe z.B. BLANKE, Bernhard, Wolfram LAMPING und Henning SCHRIDDE: *Vom aktiven zum aktivierenden Staat: Leitbilder, Konzepte und Strategien zur Reform des öffentlichen Sektors*, Wiesbaden 2009. Kritisch dazu z.B. BRÖCKLING, Ulrich, Susanne KRASMANN und Thomas LEMKE (Hrsg.): *Gouvernementalität der Gegenwart: Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2000, LESSENICH, Stephan: *Die Neuerfindung des Sozialen: der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*, Bielefeld 2008 und BRÖCKLING, Ulrich: *Gute Hirten führen sanft. Über Menschenregierungskünste*, Frankfurt am Main 2017.

auch keine klassische Ideen-, Wissens- oder Wissenschaftsgeschichtsschreibung. Zu unsystematisch und selektiv ist der von Meinel in der FAZ zu Recht als „oberflächliche Blütenlese“ (FAZ vom 11.02.2020) bezeichnete Umgang mit den – zumeist amerikanischen – Quellen. Nun ist es freilich auch nicht Chamayous Ziel, ein allgemeines ‚Dispositiv des Neoliberalismus‘ herauszuarbeiten. ‚Der Neoliberalismus‘, verstanden als z.B. Paradigma oder Denkstil sei schließlich nur eine nachträgliche Konstruktion, die eine Einheit oder gar ein strategisches Vorgehen suggerieren, wo lediglich singuläre Ereignisse und Texte existierten.<sup>5</sup> Kurzum: Der Neoliberalismus erscheint zumindest in Chamayous methodischen und theoretischen Vorüberlegungen weniger als eine einheitliche Doktrin oder ein politisches Projekt mit einer mehr oder weniger konsistenten und kohärenten theoretischen Grundlage. Neoliberalismus sei vielmehr ein Set von unzusammenhängenden oder nur lose verbundenen Theorieversatzstücken, Vorschlägen, Programmen und Techniken, deren Einheit sich lediglich retrospektiv zeigt. Für sich genommen waren die einzelnen Elemente lediglich partikuläre Interventionen, die gegen die Gefahr der Unregierbarkeit gerichtet waren. Durch sie sollten die Tendenzen einer ‚Demokratisierung aller Lebensbereiche‘ zurückgedrängt und also Disziplin, Kontrolle und Regierbarkeit in diesem oder jenem Bereich der Gesellschaft, der Fabrik, der Gewerkschaften, der Universitäten usw. wiederhergestellt werden. Weil der Neoliberalismus kein Entwurf einer (idealen) Gesellschaft ist, beruht sein Sieg auch nicht auf der strategisch-taktischen Umsetzung einer Ideologie. Stattdessen seien es die vielen ‚neoliberalen Mikropolitiken‘ (S. 342) gewesen, die den Neoliberalismus als politische Technologie Stück für Stück in die politische und gesellschaftliche Ordnung implementiert haben.

Chamayous Ausführungen zu einer Art ‚Salamitaktik‘ der Initiierung neoliberaler Reformen und institutioneller Umbauten sind durchaus plausibel – vor allem im Vergleich zur Fokussierung auf politische Akteure, think thanks oder globale Institutionen wie der WTO.<sup>6</sup> Die Bevölkerung sei nicht durch eine listige Elite betrogen worden, die ihnen den vergifteten Apfel des Neoliberalismus angedreht hat. Vielmehr wurden mit Rückgriff auf sozialtechnische Verfahren des Social oder auch Political Engineering gesellschaftliche Zustände geschaffen, die neoliberale Optionen als attraktive Alternative zum paternalistischen Vor- und Fürsorgestaat erscheinen ließen. Mittels „ökonomische[r] Anreizmechanismen“ beispielsweise wurden Situationen geschaffen, in denen die Betroffenen durch ihre „individuellen Mikropräferenzen unabsichtlich dazu bei[...]tragen, Schritt für Schritt eine gesellschaftliche Ordnung entstehen zu lassen, die die meisten Leute mit Sicherheit nicht gewählt hätten, wenn sie ihnen im Ganzen präsentiert worden wäre.“

---

<sup>5</sup> Chamayous Quellen umfassen sowohl ‚Kampfschriften‘ des sog. ‚union busting‘ als auch theoretische oder programmatische Texte aus dem akademischen Kontext. „Es sind Texte, in denen Methoden, Techniken und Taktiken vorgetragen werden, entweder auf sehr konkrete Weise, zum Beispiel in Praxisleitfäden oder Managementhandbüchern, oder eher programmatisch, durch Überlegungen zu diskursiven Strategien oder allgemeinen Praktiken.“ S. 15

<sup>6</sup> Zum Beispiel: MIROWSKI, Philip und Dieter PLEHWE (Hrsg.): *The Road from Mont Pèlerin: The Making of the Neoliberal Thought Collective*, Harvard 2009 und PLEHWE, Dieter und Matthias SCHMELZER: „Marketing Marketization. The Power of Neoliberal Expert, Consulting, and Lobby Networks“, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe* 12/3 (2015), S. 488–499.

(S. 327) So wurden die Privatisierung öffentlicher Leistungen und die Etablierung eines ‚Wohlfahrtspluralismus‘ weniger als Lösung der Staatsverschuldung, sondern primär als eine Dynamisierung des Angebots sozialer Dienste und öffentlicher Versorgung präsentiert. Zugleich wurden die Strukturen öffentlichen Dienstleistung nicht vollständig abgeschafft, was eine größere Wahlfreiheit suggerierte. Die Einführung von Konkurrenzprinzipien und Marktmechanismen im Bereich sozialer Wohlfahrt allerdings, so zumindest das Kalkül von Kritikern des Sozialstaates<sup>7</sup>, würde – vermittelt über die Wahl der Individuen – von ganz alleine zur staatsentlastenden Transformation öffentlicher Infrastruktur beitragen (vgl. S. 330-336). Mit der Einrichtung von Märkten und der Öffnung staatlicher Monopole für den Wettbewerb werde eine Eigenlogik in Gang gesetzt, in deren Verlauf sich politische Forderungen nach sozialstaatlicher Absicherung in individuelle Nachfrageentscheidungen verwandeln. Die Privatisierung des Angebots, so Chamayou, entpolitisiert die Nachfrage (Vgl. S. 332). Ob, warum und wie sich allerdings die Vorschläge der Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung aus der zeitgenössischen akademischen Management-, Beratungs- und Fachliteratur zum Abbau des ‚überforderten‘ Wohlfahrtsstaates in politische Praxis übersetzen, bleibt bei Chamayou unterbelichtet. Da er das Transformationsproblem von Theorie in Praxis unkommentiert stehen lässt, entsteht der bereits oben angesprochene Eindruck ‚mafioser‘ Verbindungen, die sich im Hintergrund für die Übersetzung von Theorie in Praxis verantwortlich zeigen.<sup>8</sup> Da sich bei Chamayou alle Aktivitäten handlungstheoretisch auf emanzipatorische oder reaktionäre Intentionen zurückführen lassen, reduzieren sich gesellschaftliche Konflikte weitgehend auf Angriffe und Verteidigungen von Ideen. Da die Veränderungen globaler Verflechtung der Weltwirtschaft, der Aufstieg der Finanzökonomie, die Auflösung des Bretton Woods-Abkommens oder organisierte Interessen bei Chamayou keine Rolle spielen, landet man am Ende bei einer idealistischen Ideengeschichtsschreibung a la Lovejoy.

Dennoch lesenswert ist das Buch überall dort, wo es darum geht, akademische Debatten und Diskussionszusammenhänge zu rekonstruieren und aufzuzeigen, welche Argumente und Techniken zum Einsatz kamen, um die ‚Regierbarkeit der Gesellschaft‘ wiederherzustellen. Entsprechend der Annahme, dass es seit dem Ende der 1960er Jahre zu einer ubiquitären Erosion des ‚Sich-regieren-lassens‘ kam, nimmt sich Chamayou die einzelnen Sphären der Gesellschaft nacheinander vor. Das Muster ist dabei stets das gleiche:

---

<sup>7</sup> Chamayou argumentiert hier hauptsächlich auf Grundlage von PIRIE, Madsen: *Dismanteling the State: The Theory and Practice of Privatization*, Dallas 1985 und PIRIE, Madsen: *Micropolitics*, Aldershot 1988

<sup>8</sup> Siehe dazu für die BRD und Deutschland z.B. FREI, Norbert und Dietmar SÜß (Hrsg.): *Privatisierung: Idee und Praxis seit den 1970er Jahren*, Göttingen 2012, BIEBRICHER, Thomas (Hrsg.): *Der Staat des Neoliberalismus*, Baden-Baden 2016, MÜLLER, Sebastian: *Der Anbruch des Neoliberalismus: Westdeutschlands wirtschaftspolitischer Wandel in den 1970er-Jahren*, Wien 2016, BÖSCH, Frank, Thomas HERTFELDER und Gabriele METZLER (Hrsg.): *Grenzen des Neoliberalismus: der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2018, HANDSCHUHMACHER, Thomas: »Was soll und kann der Staat noch leisten?«: *eine politische Geschichte der Privatisierung in der Bundesrepublik 1949–1989*, Göttingen 2018, THER, Philipp: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent: eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2014 und THER, Philipp: *Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation*, Suhrkamp 2019.

Auf die knappe Rekonstruktion der jeweiligen Ausprägung und Form von Unregierbarkeit in Bereich X oder Y folgt die Darstellung erfolgloser Versuche der Wiederherstellung der alten Ordnung. Schließlich werden – wie das Kaninchen aus dem Hut – die neoliberalen Diskurse und Techniken als adäquate Lösung der Regierungsproblematik präsentiert.<sup>9</sup>

Anstatt nun die einzelnen Teilbereiche im Detail durchzugehen, werde ich im Folgenden lediglich auf den ersten und letzten Teil des Buchs eingehen, um Chamayous Vorgehen zu illustrieren. Zunächst wird es um den Kampf gegen den Gewerkschaftsstaat (Kapitel 1-4: ‚Die aufsässigen Arbeiter‘) gehen. Anschließend werden die Debatten zum ‚unregierbaren Staat‘ (Kapitel 22-26) näher betrachtet.

### 3 Arbeiter, Fabrik und Gewerkschaften

Aufsässige Arbeiter, schlechte Arbeits- und Fabrikdisziplin, wilde Streiks und aufmüpfige Gewerkschaften ließen sich in Zeiten der Vollbeschäftigung offenbar nicht länger durch autoritäre Disziplinierungsmaßnahmen unter Kontrolle bringen. Was also tun? Ein Ausbau betrieblicher Mitbestimmung hätte zwar die Legitimationsprobleme des Fabrikregimes gelöst (und versprach zudem eine Steigerung der Profitrate), barg jedoch das Risiko einer unkontrollierbaren Demokratisierungsdynamik, die sich am Ende gegen die besitzenden Klassen hätte richten können. Entsprechende Mitbestimmungsexperimente wurden daher, so Chamayou, schnell wieder eingestellt.<sup>10</sup>

Erfolgversprechender als Zuckerbrot und Peitsche erschien den Anhängern der These vom ‚Gewerkschaftsstaat‘ die Option, die innerbetriebliche Disziplin durch die Erhöhung des Disziplinierungsdrucks von außen (Arbeitslosigkeit, Abbau der Sozialversicherungssysteme, Beschneidung der Macht der Gewerkschaften usw.) durchzusetzen. Wenn Wirtschaft, Staat und Gesellschaft von den Gewerkschaften in Geiselschaft genommen werden, dann müssen eben die Gewerkschaften geschwächt werden. Unternehmensberater entwickelten die entsprechenden Strategien des ‚union busting‘, wie sie bald darauf von der Wirtschaftselite in der Praxis eingesetzt wurden (S. 42-51). Zusätzlich dazu sei eine gesamtgesellschaftliche Situation der Angst und Unsicherheit ‚erzeugt‘ worden (von wem?): Eine – zur Not künstlich hergestellte – ökonomische Krise (vgl. S. 37) bei gleichzeitigem Abbau der sozialen Sicherheitsnetze werde der arbeitenden Klasse ihre überzogenen Forderungen schon

---

<sup>9</sup> Wobei man sich stets die Frage nach der Repräsentativität der vorgestellten Auseinandersetzungen stellt. Einige von Chamayous rekonstruierten Situationen wirken doch sehr ‚zurechtgemacht‘ und stehen wohl kaum exemplarisch für die maßgeblichen Debatten in den jeweiligen Feldern. Beispielsweise waren die Diskussionen zum ‚ethischen Managerialismus‘ und der damit einhergehenden Befürchtung einer Überwindung des Kapitalismus wohl eher Randphänomene. Wer glaubte denn wirklich daran, dass das Management ernsthaft in Erwägung zog, mit den von ihnen geleiteten Unternehmen gesellschaftliche Interessen zu befriedigen, weil Manager keine Eigentümer von Unternehmen sind?

<sup>10</sup> Dass diese Annahme von Chamayou keine Allgemeingültigkeit beanspruchen kann und Partizipation vielfach als Produktivkraft in die Betriebs- und Fabrikordnungen installiert wurde zeigt RAPHAEL, Lutz: *Jenseits von Kohle und Stahl: eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin 2019, S. 389–394 und S. 470-472.

austreiben.<sup>11</sup> Long story short: Drohende Arbeitslosigkeit bei mangelhafter sozialer Absicherung macht diejenigen gefügig, die noch Arbeit haben.

Hier – wie an anderen Stellen – fragt man sich zunächst, was der aufgezeigte Zusammenhang über den „negative[n] Anreiz externer Disziplinierungseffekte“ (S. 40) mit neoliberalen Regierungstechniken zu tun hat. Sicherlich nimmt die Bereitschaft zu, sich einer „Disziplinarmacht im Innern“ (S. 40) zu unterwerfen, je mehr der „Disziplinierungsdruck von außen“ (S. 40) wächst. Und tatsächlich lassen sich entsprechende Tendenzen der Zurückdrängung des Einflusses der Gewerkschaften seit Mitte der 1970er Jahre feststellen.<sup>12</sup> Warum dies alles aber unter dem Label einer „neuen Kunst der Arbeitsführung“ (S. 25) firmiert, bleibt fraglich – kommen hier doch lediglich altbekannte Strategien zur Anwendung, wie sie seit mindestens dem 18. Jahrhundert bekannt waren (worauf Chamayou übrigens selbst verweist, vgl. S. 38-39). Zudem mögen Chamayous Aussagen über einen vom Kapital und seinen Intellektuellen ausgehenden ‚Krieg gegen die Gewerkschaften‘ vielleicht für die USA und Großbritannien zutreffend sein. Mit Blick auf andere westliche Industrienationen, wie z.B. Frankreich oder Deutschland, sind sie schlichtweg falsch.<sup>13</sup> Dass die Institutionalisierung neoliberaler Politiken keinem einheitlichen Muster folgt und sich vielmehr in die pfadabhängige Entwicklung der jeweiligen Nationalstaaten einfügt, scheint Chamayou trotz der am Beginn des Buches eingeforderter Differenzierung ‚des Neoliberalismus‘ entgangen zu sein.

#### 4 Der unregierbare Staat, Staatsversagen und Systemkollaps

Die mit Abstand interessantesten Kapitel finden sich im Teil VI des Buches (‚Der unregierbare Staat‘). Wer sich in den akademischen Diskussionen der Politik- und Sozialwissenschaften der 1970er und 1980er Jahre auskennt, erfährt hier zwar nichts Neues, bekommt aber eine gute Zusammenfassung der sog. ‚Unregierbarkeitsdiskussion‘

---

<sup>11</sup> Siehe dazu RAITHEL, Thomas: *Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik: Entwicklung und Auseinandersetzung während der 1970er und 1980er Jahre*, München 2012 und HENNIG, Alexander: *Abschied von der Vollbeschäftigung: Arbeitslosigkeit in Westdeutschland in den 1970er Jahren*, Hamburg 2017.

<sup>12</sup> Zu den auch von Chamayou konstatierten Tendenzen und Trends siehe z.B. SCHÄFER, A.: „Krisentheorien der Demokratie: Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie“, in: *Der moderne Staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 1 (2009), S. 159–183, hier insb. S. 166–168. Dort heißt es: „Die von Konservativen verordnete Therapie gegen die Unregierbarkeit lag im Rückzug des Staats sowie in der Depolitisierung sowohl der Märkte als auch der Demokratie. [...] Politisch hat sich die konservative Krisendiagnose als folgenreich herausgestellt. Seit den späten Siebzigerjahren verfolgen die OECD-Staaten eine Reformpolitik, die im Kern den Empfehlungen der Unregierbarkeitstheoretiker entspricht.“ (ebd. S. 166). In den jeweils konkreten Fällen fielen die Reformpolitiken jedoch sehr unterschiedlich aus. Dazu materialreich BACCARO, LUCIO und CHRIS HOWELL: *Trajectories of Neoliberal Transformation: European Industrial Relations Since the 1970s* Cambridge 2017.

<sup>13</sup> Es gab „keine (neo)liberale Einbahnstraße in Westeuropa“ - so die Bilanz von Raphael mit Blick auf die Beschneidung der Macht der Gewerkschaften. RAPHAEL: *Jenseits von Kohle und Stahl*, S. 216. Die zentralen Thesen von Raphaels Buch jetzt in: RAPHAEL, Lutz: „Arbeit im Kapitalismus“, in: *Arbeit - Bewegung - Geschichte Zeitschrift für historische Studien* 19/1 (2020), S. 7–25. (online: [https://www.arbeit-bewegung-geschichte.de/wp-content/uploads/2020/02/ABG2020-1\\_Raphael\\_Arbeit-im-Kapitalismus.pdf](https://www.arbeit-bewegung-geschichte.de/wp-content/uploads/2020/02/ABG2020-1_Raphael_Arbeit-im-Kapitalismus.pdf), (abgerufen am 22.02.2020))

geliefert.<sup>14</sup> Erstmals wird Chamayou in diesen Abschnitten auch seinem eigenen Anspruch einer ‚philosophischen Betrachtung‘ der von ihm untersuchten Phänomene gerecht, arbeitet er doch präzise heraus, wie die heraufbeschworene Gefahr eines unregierbaren Staates letztlich auf die Eindämmung demokratischer Prinzipien hinausläuft. Hierfür werden Kontinuitäten der neokonservativen und neoliberalen Positionen zum Ordoliberalismus, Carl Schmitt und den Vertretern der Konservativen Revolution aufgezeigt.<sup>15</sup> Im Kern, so Chamayou, wiederholt und reproduziert das neoliberale und neokonservative Denken der 1970er und 1980er Jahre lediglich demokratiefeindliche Ressentiments der Zwischenkriegszeit. Das zentrale Argument beider lautet wie folgt: Die permanente Krise des demokratischen Staates, so die geteilte Annahme, beruht letztlich auf den demokratischen Prinzipien selbst: „[Z]u viel Demokratie macht der Demokratie den Garaus.“ (S. 268). Demokratische Staaten erzeugen in der Bevölkerung systematisch Erwartungen, die sie auf Grund der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen gar nicht erfüllen können („Anspruchspirale“). Die immanente und unhintergehbare Gefahr demokratischer Ordnungen liege demnach in der ihr eigentümlichen strukturellen Diskrepanz zwischen Anspruchsvolumen und Steuerungskapazität begründet (vgl. S. 267-273).

Was die Neue Linke auf die Widersprüche einer kapitalistischen Gesellschaftsformation zurückführt, erscheint, so Chamayou, bei (Neo-)Konservativen und Liberalen (Chamayou differenziert hier nicht hinreichend<sup>16</sup>) als Versagen politischer Institutionen. Der Staat habe sich im Zuge der ‚Problemverstaatlichung‘, d.h. dem Versuch, ökonomische oder soziale Probleme mit den Mitteln des Staates zu bearbeiten, übernommen. Als Lösung für die Probleme der Überforderung und Überlastung staatlicher Apparate bietet sich einzig der Ausweg eines Rückbaus staatlicher Zuständigkeit an. Die freiwillige Beschneidung der Staatsaufgaben sei so gesehen kein Zeichen von Schwäche, sondern notwendiger Befreiungsschlag und also Ausdruck der Souveränität des Staates gegenüber der ‚Anspruchsinflation‘ von Seiten der Gesellschaft. Der starke Staat ist aus der Perspektive

---

<sup>14</sup> Als Überblick siehe METZLER, Gabriele: „Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?“, in: JARAUSCH, Konrad H. (Hrsg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 243–260. Eine sehr gute Zusammenfassung der zeitgenössischen Diskussion bietet VOBRUBA, Georg: „Kritik am Wohlfahrtsstaat - Eine Orientierung“, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 8 (1984), S. 461–475. Die „Klassiker“ der deutschsprachigen, linken Diskussion zum Thema sind OFFE, Claus: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie*, Frankfurt am Main 1972, HABERMAS, Jürgen: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt am Main 1973 und VOBRUBA, Georg: *Politik mit dem Wohlfahrtsstaat*, Frankfurt am Main 1983.

<sup>15</sup> Diese Perspektive auch ausführlich bei SLOBODIAN, Quinn: *Globalists: the end of empire and the birth of neoliberalism*, Cambridge 2018. Auf deutsch SLOBODIAN, Quinn: *Globalisten: das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus*, Berlin 2019.

<sup>16</sup> Zur Begriffsdefinition siehe z.B. SCHILDT, Axel: „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten: Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren“, in: *AFS* 44 (2004), S. 449–479, HANDSCHUHMACHER, Thomas: „Eine ‚neoliberale‘ Verheißung. Das politische Projekt der ‚Entstaatlichung‘ in der Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre“, in: BÖSCH, Frank, Thomas HERTFELDER und Gabriele METZLER (Hrsg.): *Grenzen des Neoliberalismus: der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2018, S. 149–178 und STEBER, Martina: „Sorge um die Demokratie. Deutsche und britische Konservative und das linke Demokratieprojekt in den 1970er Jahren“, in: SCHILDT, Axel und Wolfgang SCHMIDT (Hrsg.): »Wir wollen mehr Demokratie wagen«: *Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens*, Bonn 2019, S. 219–238.

einer konservativ bis rechten Staats- und Regierungslehre ein Staat, der sich in seiner Zuständigkeit – vor allem in Fragen der Ökonomie – selbst beschränkt und sich so wieder handlungsfähig macht. Selbstbegrenzung des Staates, so der Ordoliberaler Alexander Rüstow 1932, sei „Voraussetzung und Ausdruck seiner Unabhängigkeit und Stärke“ (Rüstow: Freie Wirtschaft – starker Staat, zitiert bei Chamayou, S. 347). Hier zeichne sich die Formation eines politisch autoritären, aber ökonomisch liberalen Staates ab, die Chamayou im ‚autoritären Neoliberalismus‘ in Chile während der Militärdiktatur zwischen 1973 und 1990 realisiert sieht. Die Konstellation ökonomischer Freiheit bei politischer Unfreiheit illustriert er anhand der Kontakte von F.A. Hayek und Pinochet. Deren gemeinsames Credo: Freiheit und Eigentum sind höher zu bewerten als demokratische Institutionen. Der demokratische Wohlfahrtsstaat hingegen führe geradewegs in den Sozialismus und die Unfreiheit. Da der freie Markt und die persönliche Freiheit der Wirtschaftsbürger einer politischen (z.B. demokratischen) Steuerung der Wirtschaft in jedem Falle vorzuziehen sei, müsse man im Zweifelsfall für Freiheit und gegen Demokratie optieren. In diesem Sinne sei der Wirtschaftsliberalismus letztlich autoritär, strebe er doch mit politischen Mitteln die Etablierung einer unpolitischen, weitgehend autonomen Sphäre der Ökonomie an.<sup>17</sup> Die größte Angst des Liberalismus sei folglich, dass er (z.B. demokratisch) reguliert werden könnte, was er mit – notfalls – autoritären Mitteln zu verhindern versuche.

Indem er die gewährte und geschützte Autonomie von Privatregierungen der Wirtschaft als politisch gewollt und gemacht darstellt (z.B. S. 348), wird der politische Charakter der vermeintlich unpolitischen Märkte sichtbar.<sup>18</sup> Hier korrigiert Chamayou eine weit verbreitete Charakterisierung des Neoliberalismus als Abwesenheit des Staates: „In Wirklichkeit kommt er sehr gut mit der Staatsmacht, einschließlich ihrer autoritären Formen, zurecht, solange dieser Staat auf wirtschaftlicher Ebene liberal bleibt.“ (S. 349) Das Nichteinmischungs-Gebot sei auch der effektivste Schutz vor Krisen: Denn Krisen, so zumindest Hayek, seien stets die Folgen politischer Eingriffe in den sich selbstregulierenden und selbst stabilisierenden Markt. „Die Krise ist zwangsläufig externen Ursprungs, Resultat einer exogenen Politisierung der ‚Wirtschaft‘. Die Theorien über die ‚Regierbarkeitskrise der Demokratie‘ sind Ausdruck dieser Verleugnung. Werden die immanenten Widersprüche des Kapitalismus ausgeblendet und ihre Äußerungen der Einflussnahme demokratischer Politik zugeschrieben, dann liegt die allgemeine Lösung auf der Hand: in den Worten Hayeks, ‚die Demokratie beschränken‘.“ (S. 293). Als eine Quelle des ‚autoritären Liberalismus‘ wird Carl Schmitt angeführt – von ihm habe Hayek seine Ablehnung eines ‚schwachen Staates‘, der sich in seinem Handeln von gesellschaftlichen Interessen bestimmen, ja determinieren lässt. Eine ‚freie Wirtschaft‘ bedarf eines starken, sich selbst beschränkenden Staates zur Absicherung der kapitalistischen Produktionsordnung. Die Kombination aus liberaler Ökonomie und autoritärer Politik ist „kein zufälliges Zusammentreffen zwischen einer bestimmten Art von Wirtschaftsprogramm und einem bestimmten Regierungsstil, sondern

---

<sup>17</sup> Dagegen VOGEL, Steven Kent: *Marketcraft: how governments make markets work*, New York 2018.

<sup>18</sup> Dazu auch ANDERSON, Elizabeth: *Private Regierung: wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden)*, Berlin 2019.



eine grundlegende funktionale und strategische Verbindung zwischen der Reduzierung des staatlichen Interventionsbereichs und der Stärkung der staatlichen Autorität innerhalb dieses Bereichs – die in einem reziproken Verhältnis zueinander stehen.“ (S. 347) Die ‚Entdemokratisierung‘ der Wirtschaft gelte es in der Verfassung festzuhalten, um so den Geltungsbereich der Regierung ein für alle Mal einzuschränken (vgl. S. 309). So gelinge die „Entthronung der Politik also qua verfassungsmäßiger Unantastbarkeitserklärung der Wirtschaft“ (S. 310). Zusammen mit der Übertragung von politischen Regulierungsmechanismen an Finanzmärkte (über die sich Staaten finanzieren) und dem Eingehen diverser Verpflichtung auf Stabilitäts- und Haushaltskriterien – so die Pointe – sei so die Krise der Unregierbarkeit schließlich überwunden wurden.

## 5 Fazit

Letztlich bleibt der Erkenntnisgewinn bei der Lektüre von Chamayous Buch überschaubar. Was bleibt, ist die Einsicht in eine Art ‚neoliberale Metastrategie‘: persönliche Kontrolle und personale Abhängigkeitsbeziehungen werden an anonyme Märkte und bürokratische Organisationen übertragen, die zu eben diesem Zweck politisch eingerichtet werden (vgl. z.B. die Abschnitte zur ‚Managerrevolution‘, hier insb. S. 93; siehe auch die Auffassung des Marktes als eine ‚politische Technologie‘, S. 316). Regulierung und Disziplinierung erfolgt damit auf den ersten Blick nicht länger auf dem Weg der Politik, sondern über Märkte. Diese erscheinen als attraktive Alternative zur politischen Maßregelung, appellieren sie doch an die Wahlfreiheit der Konsumenten und erzeugen damit die Illusion des ‚Nicht-Regiertwerdens‘. Diesen Komplex, der woanders weitaus genauer und empirisch besser belegt behandelt wird, bekommt man bei Chamayou noch einmal – zudem unterkomplex und anhand sehr spezieller Debatten aus dem amerikanischen akademischen Milieu – zusammengefasst. Am Ende bleibt die bereits hinreichend beschriebene Einsicht, dass Herrschaft seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmend in anonymisierter und entpersonalisierter Form zur Geltung kommt, sich also der Inhalt einer spezifischen Form bedient, die seinen Gewaltcharakter zu leugnen versucht. Entsprechende Phänomene haben sowohl die materialistische Staatstheorie (kritisch) als auch die steuerungsaffine Policy- und Governance-Forschung (affirmativ) zur Genüge untersucht.<sup>19</sup>

Auch die anderen von Chamayou beschriebenen Formen der ‚Re-regulierung‘ sind keine wirklichen Neuigkeiten und gehören zum Standardrepertoire der ‚Regierungskunst‘: Einflussnahme auf öffentliche Debatten über den Umweg von ‚Multiplikatoren‘ in Universitäten und der öffentlichen Debatten (Kapitel 10), Einbindung von Kritik durch Dialog und partikulare Zugeständnisse (Kapitel 11 und 15), theoretische Umdeutung von Herrschaft in horizontale Beziehungen in hierarchiefreien Netzwerken (Kapitel 12 und 19), die Entpolitisierung der Arbeit durch Neudefinition als ‚Humankapital‘ (Kapitel 13), die Spaltung

---

<sup>19</sup> Dazu BRAND, Ulrich und Christoph GÖRG (Hrsg.): *Zur Aktualität der Staatsform. Die materialistische Staatstheorie von Joachim Hirsch*, Baden-Baden 2018 und GERLACH, Irene: „Policy-Forschung“, in: GERLACH, Irene u. a. (Hrsg.): *Politikwissenschaft in Deutschland*, Baden-Baden 2010, S. 239–264. Zum Phänomen der ‚Entpolitisierung‘ siehe einleitend mit weiteren Literaturhinweisen HIRSCH, Michael: „Das Politische als Entpolitisierung der Politik“, in: *Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie* 5/2 (2018), S. 182–191.

gegnerischen Kräfte nach dem Muster von ‚teile und herrsche‘ (Kapitel 14), die Integration von Interessen im Rahmen von Kooperation anstelle von Interessengegensätzen (Kapitel 17), Akzeptanz ‚freiwilliger Verpflichtungen‘ statt rechtlicher Regulierung (Kapitel 18), Individualisierung und Moralisierung politischer oder ökonomischer Probleme (Kapitel 21) usw. Dieses Kaleidoskop von Herrschafts- und Regierungstechniken liest sich bisweilen ganz amüsant, ist aber nicht zuletzt aufgrund der unsystematischen oder fehlenden Bestimmung zentraler Begriffe wie Herrschaft, Macht, Regierung insgesamt eher ermüdend.<sup>20</sup> Vor allem aber krankt Chamayous Analyse daran, keine Definition des Neoliberalismus oder neoliberaler Regierungstechnik anzugeben, die die historische Suche anleiten könnte.<sup>21</sup> Aus diesem Grund stochert Chamayou orientierungslos in der Dunkelheit der Vergangenheit herum und zieht mal dieses, mal jenes Ereignis ins Licht, das ihm irgendwie in die politische Agenda passt. Einschlägigkeit und Relevanz (oder zumindest Exempelhaftigkeit) der so mehr oder weniger zufällig ausgewählten Situationen bleibt letztlich fraglich. Insgesamt gleicht dieses Vorgehen dem Versuch einer Rekonstruktion der Entstehung des Kapitalismus, ohne einen Begriff des Kapitals zu besitzen.<sup>22</sup>

---

<sup>20</sup> Da Chamayou keinen Begriff von Herrschaft und Regierung zu besitzen scheint, wirkt auch sein, auf den letzten zwei Seiten des Buches skizzierter, Lösungsweg naiv. Wie sollen Selbstregulierung und Selbstverwaltung (S. 349-350) Abhilfe für eine umfassende Integration des Sozialen in neoliberale Regierungszusammenhänge sein, wo doch gerade diese Aktivitäten sind, die neoliberal ‚aktiviert‘ und integriert werden? Siehe dazu z.B. ROSE, Nikolas: „*Governing the Social*“, in: Gane, Nicholas (Hrsg.): *The future of social theory*, New York 2004, S. 167–185.

<sup>21</sup> Siehe dazu auch RODGERS, Daniel T.: „*The Uses and Abuses of “Neoliberalism”*“, in: *Dissent Magazine* (2018), <https://www.dissentmagazine.org/article/uses-and-abuses-neoliberalism-debate> (abgerufen am 06.07.2019) und BIEBRICHER, Thomas: „*Das politische Denken des Neoliberalismus*“, in: FISCHER, Karsten und Sebastian HUHNHOLZ (Hrsg.): *Liberalismus: Traditionsbestände und Gegenwartskontroversen*, Baden-Baden 2019, S. 173–192.

<sup>22</sup> Erst die begriffliche Konstruktion des funktionellen (Marx: organischen) Zusammenhangs des ökonomischen Systems (Marx' Gedankentotalität) ermöglicht die Bestimmung einzelner Vorformen oder Elemente dieses Ganzen in der Vergangenheit. Nur wenn ich aufgrund der Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses weiß, dass etwa die Trennung der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln (und nicht etwa die Aufhäufung Handelskapital oder die gesteigerte höfische Nachfrage nach Luxusgütern o.ä.) die zentrale Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise ist, ist auch klar, wonach ich im historischen Material zu suchen habe, wenn ich die Entstehung des Kapitalismus empirisch bzw. historisch rekonstruieren möchte. D.h. erst nach Konstruktion des Begriffs des Kapitals ist klar, welche historischen Prozesse überhaupt dargestellt werden müssen, wenn es um die historische Genese des Kapitalismus gehen soll. Wer einen falschen Begriff vom Kapitalismus hat, der wird auch im historischen Material, d.h. in den Quellen, nach den falschen Dingen suchen. Wer beispielsweise meint, Kapitalismus basiert primär auf sozialmoralischen oder individuellen Einstellungen, der wird in der Vergangenheit nach eben diesen Momenten suchen. Die Geschichte der Entstehung der Kapitalismus wäre dann eine Geschichte von Gier und Egoismus oder auch eine Geschichte des Kaufverhaltens der Konsumenten. Hier würden letztlich die ganz falschen Akteure zu historisch relevanten Subjekten erhoben: Anstelle von ökonomischen Charaktermasken ginge es dann um z.B. besonders pfiffige Einzelunternehmer und ihren Erfinder- oder Geschäftsgeist. Oder anstelle von Klassenkämpfen im Bereich der Produktion ginge es dann um z.B. identitätspolitische oder konsumkritische Strategien im Bereich der Reproduktion usw. usf. Siehe dazu die bekannte Passage von Marx in: Karl Marx: Einleitung zu den Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie Karl Marx: Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, S. 636: „Die Anatomie des Menschen ist ein Schlüssel zur Anatomie des Affen.“ Zur Problematik von Begriffen in der Geschichtswissenschaft siehe allg. SCHNEPF, Robert: „*Was tun mit der Geschichtsphilosophie? Überlegungen zu Hegel und Marx*“, in: STOLZENBERG, Jürgen und Fred RUSH (Hrsg.): *Internationales Jahrbuch des deutschen Idealismus = International Yearbook of German Idealism*, Bd. 10/2012 (Geschichte/History), Berlin/Boston 2014, S. 216–255 und ausführlich SCHNEPF, Robert: *Geschichte erklären: Grundprobleme und Grundbegriffe*,

Als populärwissenschaftlicher Einstieg in die Dimensionen, Formen und Pluralität von ‚Regierung‘ mag Chamayous Buch vielleicht hilfreich sein. Eine sozialwissenschaftliche Analyse der Typen von Herrschaft, ihrer Wirkmechanismen und ihrer spezifischen ‚neoliberalen‘ Ausprägung ist das Werk jedoch nicht. Auch als historiographisches Werk möchte man Chamayous Zusammenstellung weitgehend singulärer Einzelereignisse nicht bezeichnen. Wer wirklich wissen möchte, welche ‚sozialen Innovationen‘<sup>23</sup> und politischen Strategien zur Transformation gesellschaftlicher Ordnung seit Mitte der 1970er Jahre beigetragen haben, ist hier jedenfalls schlecht bedient.<sup>24</sup>

---

Göttingen: 2011. Siehe auch WOOD, Ellen Meiksins: *The origin of capitalism: a longer view* (Erst. 1999), London/New York: 2017.

<sup>23</sup> Zum Konzept siehe PAUSCH, Markus: „Soziale Innovation zwischen Emanzipation und Anpassung“, in: *Momentum Quarterly. Zeitschrift für Sozialen Fortschritt* 7 (2018), S. 42–52 und BURMESTER, Monika und Norbert WOHLFAHRT: „Soziale Innovationen – ein neues Konzept sozialer Dienstleistungsproduktion und seine Folgen für die Sozialwirtschaft“, in: *Sozialer Fortschritt* 65/1–2 (2016), S. 16–24.

<sup>24</sup> Als Einstieg bieten sich an: DOERING-MANTEUFFEL, Anselm und Lutz RAPHAEL: *Nach dem Boom: Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, 3., erg. Aufl., Göttingen 2012 und RODGERS, Daniel T.: *Age of fracture*, Cambridge: 2011.